

Runder Tisch für „größtmögliche Transparenz“

Regierungspräsidium will Dialog anstoßen

Warthausen asp Das Regierungspräsidium (RP) Tübingen hat die Planungen eines Runden Tisches zum IGI verteidigt. Wie Pressesprecher Steffen Fink gegenüber der SZ sagt, sei das Ziel „größtmögliche Transparenz“ herzustellen und inhaltliche Fragen „bereits zum jetzigen Zeitpunkt“ zu klären. „Die Gespräche mit dem NABU, der Schutzgemeinschaft Rißtal und der Firma Handtmann verliefen sachlich und zeigten, dass es Bedarf und Bereitschaft zum Austausch gibt.“ Damit wolle das RP einen Prozess anstoßen, der die „Akzeptanz erhöhen kann“ und „idealerweise einen verfahrensbegleitenden Dialog“ bietet.

Zuletzt hatte unter anderem Bürgermeister Elmar Braun den Vorschlag gegenüber der SZ kritisiert: „Jetzt im Zielabweichungsverfahren einen runden Tisch einzuberufen, halte ich für zu früh. Viele Informationen, die wir dafür benötigen, sind noch gar nicht vorhanden.“ Der runde Tisch könne zudem das Verfahren verzögern.

Auch diesen Vorwurf hat das RP zurückgewiesen. Fink gehe davon aus, „dass ein Runder Tisch die Entscheidung über den Zielabweichungsantrag nicht verzögern wird, da er in das Verfahren eingebettet wird.“ Da noch nicht alle Rückmeldungen vorliegen, stünden „das Ob, der Zeitpunkt und die Beteiligten“ der Gespräche noch nicht fest. Auch die Bürgerinitiative Schutzgemeinschaft Rißtal hat noch nicht entschieden, ob sie am Runden Tisch teilnehmen wird.

Obwohl noch nicht alle Fragestellungen aufgearbeitet sind, hoffe das RP, das Verfahren noch „in diesem Jahr abschließen zu können“, so Fink. Auf einen genaueren Zeitpunkt für ein Ergebnis will sich das RP bislang jedoch nicht festlegen. Zuletzt waren die Gemeinden von einer Entscheidung im Oktober oder November ausgegangen.